



IHK BERLIN

Arbeitsprogramm 2022 für die Berliner Wirtschaft



Arbeitsprogramm 2022 für die Berliner Wirtschaft

Inhalt

1. STRATEGISCHER RAHMEN 2022	2
Die Vollversammlung, das Präsidium, die Expertenteams, die Fach- und Branchenausschüsse sowie das Hauptamt vereinbaren einen strategischen Rahmen, in dem die Schwerpunkte im Jahr 2022 im Ehren- und Hauptamt für Berlin erarbeitet werden sollen.	
2. ZIELE UND MAßNAHMEN 2022	9
Acht Aktionsfelder mit dazugehörigen Zielen und Maßnahmen als Kernproduktportfolio der IHK Berlin.	
Regionale Wirtschaftspolitik	9
Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gute Rahmenbedingungen für Unternehmen sind das Resultat einer unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik, die wir einfordern.	
Standortfaktor Verwaltung	12
Die moderne öffentliche Verwaltung muss ein effizienter und digital aufgestellter Service-Partner der Berliner Unternehmen werden - für eine funktionierende Stadt!	
Innovation, Technologie und Wissenschaft	14
Berlin ist Wissensstandort und seine innovativen Unternehmen sind Vorreiter der Digitalisierung. Wissenstransfer, Hochschulförderung und digitale Infrastruktur sind dafür zukunftsrelevant.	
Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	15
Die Beschäftigten sind Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges Berlins. Exzellente Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie ein funktionierender Arbeitsmarkt sind dafür elementar.	
Infrastruktur und Stadtentwicklung	20
Die wachsende Metropole und ihre Unternehmen brauchen mehr Neubau, Flächen zur unternehmerischen Entfaltung und eine effiziente Infrastruktur für einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr.	
Umwelt und Ressourcen	23
Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Ausgleich wirtschaftspolitischer und umweltpolitischer Interessen ist Grundlage für nachhaltiges Wachstum.	
Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	25
Der Außenhandel der Berliner Unternehmen ist ein Wachstumsfaktor. Berlin bedeutet als deutsche Hauptstadt einen Standortvorteil für die Betriebe im internationalen Geschäft.	
Haushalt und Wettbewerb	26
Das Vertrauen in den Staat als Partner der Wirtschaft wird gestärkt durch solide öffentliche Finanzen, ein einfaches Steuerrecht und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.	



1. Strategischer Rahmen 2022

Die Vollversammlung, das Präsidium sowie die Fach- und Branchenausschüsse bündeln die Schwerpunkte ihrer gemeinsamen Arbeit im Jahr 2022 in folgendem Strategischen Rahmen:

2022 – Jahr der gemeinsamen Umsetzung

Eine ernüchternde Bilanz #RRG

Das Jahr 2021 hat viele unternehmerische Hoffnungen durch Ernüchterung ersetzt und zugleich gezeigt, dass die Wirtschaft auch in Krisenzeiten als Rückgrat der Gesellschaft für Kontinuität und Wohlstand steht. Gerade in den stark von der Corona-Krise betroffenen Branchen der Tourismus- und Veranstaltungswirtschaft dominierten zum Jahresausklang Ungewissheit und Zukunftsängste. Gleichzeitig haben die meisten anderen Branchen insgesamt einen Großteil des Rückgangs der Geschäftstätigkeit aus dem ersten Krisenjahr wieder gut gemacht. Die Beschäftigung wird wieder aufgebaut, die Arbeitslosigkeit sinkt. Aber es hat sich auch gezeigt, dass die **strukturellen Herausforderungen der Stadt nicht gelöst** sind: Der latente Fachkräftemangel ist wieder das größte Wachstumshemmnis und hat sich in vielen Branchen noch verschärft. Der Bildungsnotstand in der Stadt hat dazu sein Übriges getan. Eine Verwaltung als Servicedienstleister vermissen nicht nur viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Unternehmen. Die ausgebliebene Digitalisierung wichtiger Fachverfahren in der Verwaltung oder fehlende digitalen Lösungen in der Pandemie machten deutlich, dass Berlin ohne eine funktionierende Verwaltung nicht zukunftsfähig sein wird. Verpasst wurden eine Neubauoffensive und eine Mobilitätswende, die alle Verkehrsträger mitdenkt. Statt einer Bildungsoffensive, die allen Kindern einen guten Start in das Berufsleben und digitales Lernen in der Pandemie ermöglicht, werden Betriebe in den nächsten Jahren weiter die Bildungslücken aus der Schulzeit ausgleichen müssen. Mit dem gescheiterten Mietendeckel und dem Aussetzen des Vorkaufsrechts haben zudem die Gerichte der Senatspolitik die Quittung für einen fragwürdigen Politikstil gegeben.

Der Wechsel ermöglicht Chancen

Mit den gleichzeitigen Wahlen in Bund und Land wurden die Karten neu gemischt. Im Jahr 2022 wechseln an vielen Stellen die politischen Ansprechpartner. Zudem wählt die Berliner Wirtschaft im Frühjahr eine neue Vollversammlung und die Ausschüsse der IHK werden neu besetzt. Das Jahr 2022 hat damit die Chance für einen Neustart in den wichtigsten Handlungsfeldern des Landes. Jetzt geht es darum, von Anfang an die richtigen Akzente zu setzen. Das kann nur gelingen, wenn die **Berliner Wirtschaft bei der Lösung der Herausforderungen der Stadt** von Anfang mit am Tisch sitzt und Politik und Wirtschaft diese gemeinsam meistern. Dafür werden wir noch stärker in die politische Ansprache gehen. Unser Ziel ist es, die IHK Berlin als Vertreter der Wirtschaft dauerhaft im Abgeordnetenhaus sichtbar und ansprechbar zu machen.

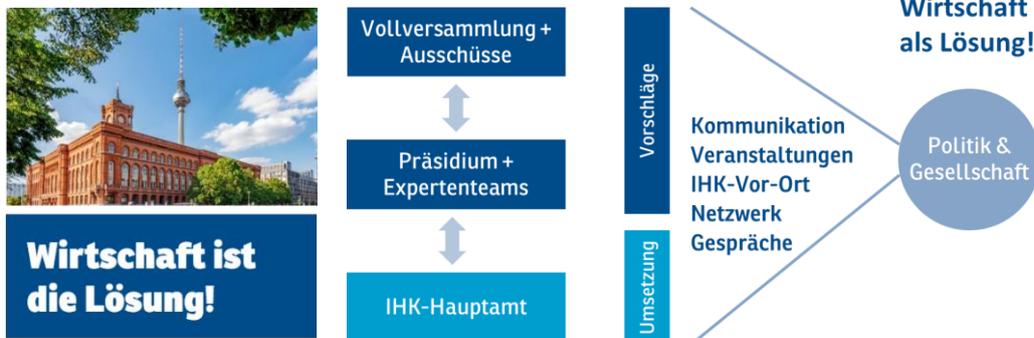
Unsere Botschaft lautet: Wir – die Wirtschaft – sind die Lösung.



Wirtschaft ist die Lösung!

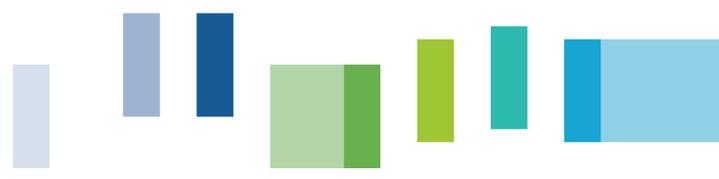
Bei allen politischen Widersprüchen und Konfliktlinien hat die IHK Berlin ein hervorragendes Standing auf dem politischen Parkett. Die fachliche Expertise der IHK Berlin einerseits und der Zugang zu 300.000 Mitgliedern andererseits werden quer durch alle Parteien geschätzt. Diese hervorragenden Ausgangsbedingungen und das gute Netzwerk wollen wir bestärken und aufwerten.

Dafür werden wir insbesondere die Einbindung des Ehrenamtes in die politische Arbeit der IHK Berlin stärker forcieren. Sei es durch das Einsetzen von Expertenteams, der verstärkten Zusammenarbeit der Ausschüsse bei den Themenschwerpunkten 2022 oder bei der Entwicklung von Gesprächsformaten von IHK-Ehrenamt mit dem Berliner Abgeordnetenhaus. Daher steht unser Angebot an #RGR, uns als Berliner Wirtschaft als vierten Koalitionspartner in allen Politikfeldern einzubinden.



3+1 Politische Chancen für Berlin

Berlin ist Hauptstadt, Metropole und verheißungsvolle Spielwiese für Kreative, Touristen und Gründende. Doch wie jede prosperierende Großstadt dieser Welt kämpft sie mit den bekannten Wachstumsschmerzen: Knapper Wohnraum, volle Straßen, lange Wartelisten bei der Schulanmeldung und noch längere Warteschlangen auf dem Bürgeramt sind die Herausforderungen dieser Zeit. Gleichzeitig gerät die deutsche Hauptstadt bei der Lösung dieser Aufgaben nicht nur im internationalen Vergleich immer weiter ins Hintertreffen. Berlin ist keine Stadt der spontanen Liebe: Nicht nur auf dem Standesamt wartet man monatelang auf einen Termin. Das Wahlchaos im September 2021 ist nicht vergessen. Auch die Berliner Wirtschaft braucht endlich eine **funktionierende Stadt!** Zudem haben die Absolventen der Berliner Schulen im Bundesvergleich weiterhin das Schlusslicht mit Blick auf die Ausbildungsreife und die Verfügbarkeit von Grundkompetenzen. Wir müssen jetzt die **Bildungsrevolution** starten, sonst wird die Fachkräftelücke immer weiter aufklaffen! Zudem sind die hehren Ziele in der Stadtentwicklung – seien es politische Verkehrs- oder Wohnungsbauprojekte – häufig an der Unvereinbarkeit von parteipolitischer Linie und den geltenden Gesetzen gescheitert. Wir brauchen jetzt eine **pragmatische Stadtentwicklung**, die das Ergebnis und nicht den Weg im Blick hat! Bei der Bewältigung all dieser Aufgaben muss aber auch verstanden werden, dass die großen Themen Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sich nur gewinnbringend ergänzen lassen,



wenn alle Akteure dieser Stadt zusammenarbeiten. Berlin kann zum **Leuchtturm für nachhaltige Lösungen werden**, wenn die Wirtschaft als Lösungsgeber und Partner mitgenommen wird.



Berlin als Wirtschaftsmetropole. Stadt der nachhaltigen Ideen und Lösungen



Funktionierende Stadt



Pragmatische Stadtentwicklung



Revolution der Bildung

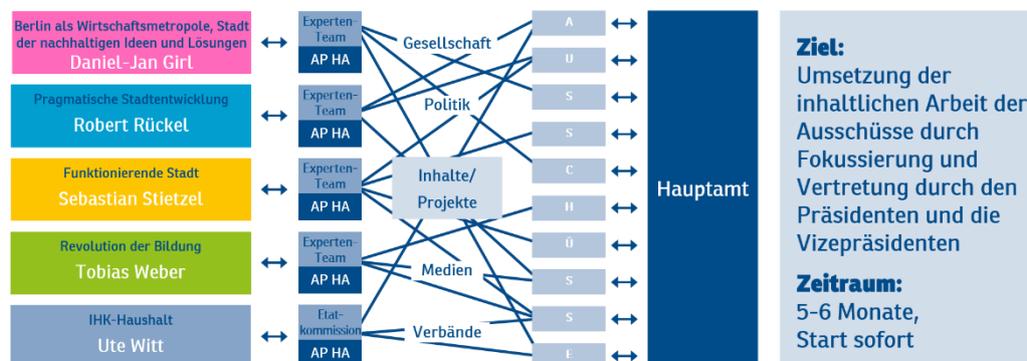


Ehren- und Hauptamt vereint für Berlin

Die Umsetzung des **strategischen Rahmens** erfolgt in Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptamt der IHK Berlin. Hierfür wird in 2022 die Arbeit der Fach- und Branchenausschüsse, des Präsidiums sowie des Hauptamts durch folgende erweiterte Arbeitsstruktur gestärkt, um gemeinsam fokussierter in das neue Jahr 2022 und eine neue IHK-Legislatur (ab Juli 2022) zu starten:

Wirtschaft ist die Lösung

Ehren- und Hauptamt vereint für Berlin



= **Probleme lösen**, Berlin zur Wirtschaftsmetropole entwickeln!



Präsidium (Ehrenamt)

Daniel-Jan Gurl verantwortet als **Präsident** federführend die Umsetzung von „Berlin als Wirtschaftsmetropole. Stadt der nachhaltigen Lösungen“. Die Umsetzung der „funktionierenden Stadt“ koordiniert der **Vizepräsident Sebastian Stietzel**. Die „Revolution der Bildung“ wird federführend vom Vizepräsidenten **Tobias Weber** koordiniert. Die „pragmatische Stadtentwicklung“ übernimmt der Vizepräsident **Robert Rückel**. Vize-Präsidentin **Ute Witt** ist verantwortlich für den IHK-Haushalt.

Expertenteams (Ehrenamt, Hauptamt und weitere Experten)

Der Präsident und die Vizepräsidenten werden im Januar 2022 für die vier Schwerpunkte (3+1) Expertenteams einsetzen. Diese setzen sich neben dem verantwortlichen Präsidiumsmitglied aus weiteren aktiven Vertreterinnen und Vertretern des Ehrenamts, den Fachexperten aus dem Hauptamt sowie weiteren externen Experten aus der Unternehmerschaft bzw. Stadtgesellschaft zusammen. Die Expertenteams werden für die Themenfelder innerhalb von 5 bis 6 Monaten jeweils einen Businessplan für die Arbeit der kommenden Jahre vorlegen.

Fachexperten (Hauptamt)

Das Hauptamt der IHK Berlin legt 2022 den thematischen Fokus auf die Umsetzung von 3+1 und unterstützt in den A-Teams (Geschäftsfeld „Wirtschaft & Politik“) sowie in allen Geschäftsfeldern die Umsetzung, wirkt mit den Fachexpertinnen und -experten in den Expertenteams mit und arbeitet gemeinsam mit den Ausschussvorsitzenden der Fach- und Branchenausschüsse an der Umsetzung des Arbeitsprogramms.

Fach- und Branchenausschüsse (Ehrenamt)

Der Präsident und die Vizepräsidenten koordinieren die Umsetzung des Arbeitsprogramms durch ein monatliches Austauschformat. Über einen Quartalsbericht wird die Arbeit der Ausschüsse durch den Präsidenten an das Ehrenamt kommuniziert.



Funktionierende Stadt

Das Markenzeichen einer funktionierenden Stadt muss nach innen und außen die leistungsstarke und serviceorientierte Verwaltung sein. Berlinerinnen und Berliner sowie die Unternehmen der Hauptstadt erwarten endlich echte Durchbrüche beim Bürokratieabbau, digitaler Verwaltung und schlanken Prozessen. Auch die Ansiedlung neuer Unternehmen und der Zuzug führender Köpfe aus der Wissenschaft - und damit die Innovationsdynamik des Wirtschaftsstandortes - hängen von der Modernisierung der Berliner Verwaltung ab. Um hier endlich Nägel mit Köpfen zu machen und sichtbare Fortschritte für alle Kunden der Verwaltung zu erzielen, braucht es zum einen grundlegende strukturelle Anpassungen. Ziel muss es sein, das Zuständigkeitschaos zwischen Landes- und Bezirksebene aufzulösen sowie eine durchgängige Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und -services zu erreichen. Zum anderen verfügt nicht zuletzt der Berliner Mittelstand über vielfältige praxiserprobte digitale Lösungen, die die Leistungsfähigkeit der Verwaltung auf ein neues Niveau heben können. Allerdings muss



dafür umgehend ein politischer Paradigmenwechsel in der Beschaffungs- und Vergabepraxis des Landes erfolgen, der gemeinsam mit den Unternehmen auf die aktive Nutzung der Spielräume für Innovationen in Verwaltung und Öffentlichkeit setzt und Kompetenzen aus der Wirtschaft einbindet. An erster Stelle steht grundsätzlich die Notwendigkeit für ein starkes Commitment der Regierungsspitze. Die Verwaltungsmodernisierung kann insgesamt nur funktionieren, wenn ein starkes Rotes Rathaus die Steuerung übernimmt, die Durchgriffsrechte bis in die Bezirke reichen und ein zentrales Budget das Ziel untermauert.

Expertenteam „funktionierende Stadt“ gemeinsam mit den Fach- und Branchenausschüssen und dem Kompetenzteam Mittelstand



Revolution der Bildung

Wenn in Berlin keine Revolution in der Bildung gelingt, wird die Stadt nicht nur die „rote Laterne“ in der Bildungspolitik behalten, sondern auch langfristig auf einen immensen Personalmangel zusteuern. Ausreichend Empfehlungen aus Expertenkommissionen und Maßnahmenvorschläge für eine Bildungsrevolution liegen längst auf dem Tisch. Sie müssen nun unter Beteiligung der Wirtschaft in die Umsetzung gehen und dabei einen klaren Fokus auf die Steigerung von Schulqualität, Einmündung in betriebsnahe berufliche und akademische Bildung legen. Digitalisierung von der Kita bis in die Schule, Berufsschule und Hochschule leistet dabei einen Beitrag zum Bildungserfolg bzw. zur intensiveren Kooperation von Betrieben und Berufsschulen.

Die Revolution der Bildung muss bei den Kleinsten beginnen: Der Kita-Ausbau muss mit ausreichendem Budget unterlegt und entsprechend dem Bedarf gesteuert werden. Nur wenn für jedes Kind im Land Berlin zwischen 1 und 6 Jahren ein Kitaplatz zur Verfügung steht, kann Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Unternehmen gelingen. Sprachförderung muss sich sowohl für Kinder/Jugendliche mit Deutsch als Zweitsprache, aber auch Muttersprache systematisch von der Kita bis in die berufliche Ausbildung durchziehen. In der Schule muss sich die Vermittlung von Grundkompetenzen in der allgemeinbildenden Schule deutlich verbessern und der (Fach-)Lehrermangel beseitigt werden. Unter Einbindung der Berliner Wirtschaft muss die Landespolitik die Berufsorientierung in Berlin auf ein neues Qualitätsniveau heben, u.a. durch die Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur zu einer Vermittlungsagentur, die Nutzung von Talente-Check und Show Room duale Ausbildung für alle Jugendlichen im Land Berlin und die Verzahnung mit der anschließenden Praktikumsvermittlung durch die Arbeitsagenturen. Darüber hinaus ist – ausgehend von der gemeinsamen Kampagne www.ausbildung.berlin – eine Ausbildungsoffensive umzusetzen, um die duale Ausbildung und das duale Studium bei Unternehmen und Jugendlichen zu stärken.

Expertenteam „Revolution der Bildung“ gemeinsam mit den Fach- und Branchenausschüssen



Pragmatische Stadtentwicklung

Die wachsende Stadt braucht mutige Ideen und innovative Lösungen, um mit begrenztem Flächenangebot und knappen Ressourcen ein lebenswertes Berlin für alle Hauptstadtbewohner zu schaffen. Eine nachhaltige Verkehrswende muss den Wirtschaftsverkehr mitdenken. Die Ausweisung von mehr Gewerbeflächen sowie eine Neubauoffensive für privaten Wohnraum sind Grundlage zukünftigen Wachstums. Eine moderne urbane (Netz-)Infrastruktur ist für die Entwicklung der Metropole Berlin und ihre Verzahnung mit der Metropolregion Berlin-Brandenburg eine entscheidende Daseinsvorsorge, die es auszubauen gilt.

Um den Wohnungsbau als Gemeinschaftsaufgabe voranzubringen und bis 2030 das Ziel von 200.000 neuen Wohnungen erreicht werden kann, braucht es ein Bündnis für Wohnungsbau unter Beteiligung der Berliner Wirtschaft. Enteignungen sind als Instrument grundsätzlich abzulehnen. Für die Belebung der Innenstädte – gerade im Zuge der Pandemie – braucht Berlin ein Aktionsprogramm „Stadtzentren nach Corona“, das mit der Wirtschaft umgesetzt wird. Im Verkehrsbereich kommt es für die Unternehmen vor allem darauf an, dass der Wirtschaftsverkehr beim Umbau zu einer klimafreundlichen Mobilitätsstruktur und Verkehrswende nachhaltig gewährleistet bleibt. Der BER braucht weitere Langstreckenverbindungen zur Anbindung des Standorts an die globalen Märkte. Schließlich ist eine leistungsfähige Infrastruktur Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung, in den Unternehmen, in den Schulen und insgesamt für eine vernetzte Stadt.

Expertenteam „Pragmatische Stadtentwicklung“ gemeinsam mit den Fach- und Branchenausschüssen

Berlin als Wirtschaftsmetropole. Stadt der nachhaltigen Ideen und Lösungen

Nachhaltigkeit ist kein Trend, sondern eine unaufhaltsame Veränderung des gesellschaftlichen Anspruchs, soziale, ökologischen und ökonomische Interessen in den Ausgleich zu bringen. Dabei geht es jedoch nicht nur darum, dass die Unternehmen die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) leben. Nachhaltigkeit kann zum Geschäftsmodell für die Wirtschaftsmetropole Berlin werden. Berlin hat hervorragende Startbedingungen, um als Schaufenster innovativer nachhaltiger unternehmerischer Lösungen in die Welt zu strahlen. Die großen ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Stadt müssen dafür jedoch im Schulterschluss der Politik mit der Wirtschaft gelöst werden.

Damit Berlin dieser Rolle gerecht werden kann, müssen nachhaltige unternehmerische Lösungen für die Herausforderungen dieser Stadt sichtbar werden und diese Leistungen von der Politik anerkannt und befördert werden. Nachhaltige Lösungen entstehen dort, wo unternehmerische Interessen, Innovationen und Antworten für eine soziale Politik in Einklang gebracht werden – und nicht gegeneinander ausgespielt. Engagierte Arbeitgeber und Ausbilder sorgen mit ihren Leistungen



dafür, dass der Fachkräftebedarf für diese Gesellschaft langfristig gesichert werden kann. Für Energiewende und Klimaschutz in der Metropole entwickeln Industrie, Dienstleister und das Handwerk täglich neue Lösungen – diese zur Anwendung zu bringen, muss das Ziel einer erfolgreichen Nachhaltigkeits-Governance sein. Bei der größten sozialen Frage, die Berlin aktuell beschäftigt, der Wohnungs- und Mietenpolitik, verspricht das Schüren von Konflikten und die Betonung eines Gegeneinanders von Wirtschaft und Mietern keine Lösung. Eine Politik, die auf nachhaltige Ideen und Lösungen setzt, verteilt nicht Eigentum an Wohnraum um und setzt dafür Milliardenbeträge ein. Sie sorgt hingegen mit einem funktionierenden Rahmen dafür, dass sich wirtschaftliche Interessen und sozialpolitische Verantwortung ergänzen.

Nur wenn es gelingt, dieses Grundverständnis in der Politik zu verankern – die Ideen der Wirtschaft als Teil der Lösung zu verstehen – wird Berlin als nachhaltiger Wirtschaftsstandort prosperieren.

Expertenteam „Nachhaltige Ideen“ gemeinsam mit den Fach- und Branchenausschüssen und dem Netzwerk Unternehmensverantwortung



2. Ziele und Maßnahmen 2022

Kernproduktportfolio der IHK Berlin nach Themenfeldern

Regionale Wirtschaftspolitik

Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie die Struktur ihres Wirtschaftsstandortes sowie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu stellen. Die Berliner Wirtschaft bietet an – quasi als 4. Koalitionspartner – Teil der Lösung auf dem Weg in eine wirtschaftsstarke und nachhaltige Stadt zu sein. Enteignungen von Unternehmen schaden nicht nur dem Wirtschaftsstandort, sondern lösen kein Problem für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt (siehe Kapitel Städtebau).

Die IHK Berlin gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z. B. Gesprächen, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK Berlin nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z. B. Bürokratieabbau, konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, mutige Digitalisierung und Neustart beim Masterplan Industriestadt Berlin) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen und Synergien für die Berliner Wirtschaft zu schaffen.

Maßnahmen

- Auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg hinwirken, im Jahr 2022 u. a. durch gemeinsame Veranstaltungen der die IHKs Berlin und Brandenburg
- Die wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z. B. in verschiedenen Formaten wie dem Konjunkturbericht oder der "Berliner Wirtschaft in Zahlen"
- Das Tourismuskonzept gemeinsam mit den betroffenen Akteuren neu schreiben und eine Kommunikationskampagne zur Bedeutung der Tourismuswirtschaft anhand der TSA-Zahlen aus 2019 und 2020 begleiten





- Gesundheitspolitische Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sowie die Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen begleiten
- Berliner Industriepolitik begleiten, im Jahr 2022 insbesondere den Fortschreibungsprozess und den Umsetzungsstart des Masterplans Industriestadt Berlin (MPI) mitgestalten, sowie die Mitarbeit im Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) fortsetzen, um eine aktive und effektive Industriepolitik zu befördern, die angemessene Rahmenbedingungen für die Berliner Industrie schafft
- Berliner Politik bei den für die Kreativwirtschaft relevanten Themen begleiten, um die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats kritisch begleiten und auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z. B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken
- Bestehende Netzwerke mit Stakeholdern dieser Stadt aus- und neue aufbauen

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser „Titel“ ist insbesondere dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d. h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen. Für beides, Gründung und Wachstum, benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben. Gleichzeitig setzt die IHK Berlin Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns mit international führenden Standorten wie London oder Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür wird die IHK Berlin im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fordern. Die Dienstleistungen der IHK Berlin zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen
- Gründer und werdende Start-ups durch Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Gründerinitiativen aktiv unterstützen
- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen



- Unternehmen im Nachfolgeprozess unterstützen; Überprüfung und ggf. Anpassung des IHK-Angebotsportfolios im Nachfolgeprozess und dessen zielgruppengerechte Vermarktung
- **Unternehmen bei ausländerrechtlichen Fragestellungen unterstützen**
- Rahmenbedingungen für Gründer verbessern, im Jahr 2022 insbesondere durch die verstärkte Vernetzung und Koordinierung mit den relevanten Stakeholdern, u. a. in der Start-up Unit des Landes Berlin
- **Die Berliner Wirtschaft wird sich für eine Stärkung von Wirtschaft und Unternehmertum (Kampagne „Ich mache mich selbstständig“) in der Schule einsetzen, auch indem das Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ gestärkt wird. Die Berliner Wirtschaft macht eigene Angebote, die Unternehmen den Zugang zu künftigen Fachkräften eröffnen (z.B. Praktika, Kooperation mit Schulen)**



Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen

Um innovative Ideen reifen zu lassen und auch weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, brauchen Unternehmen im richtigen Augenblick die passenden finanziellen Mittel. Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse dürfen nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK Berlin die Interessen ihrer Mitglieder.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Förderung und Finanzierung grundsätzlich an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind. Dauerhafte Subventionen und eine Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass allen Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offensteht.

Maßnahmen

- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen
- Gezielt Informationen zu Finanzierung und Förderung (Gespräche, Veranstaltungen, Internet, Finanzierungsfinder etc.) bereitstellen
- Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung durch Stellungnahmen und Gremienarbeit im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten
- Finanzierungsbedingungen für Berliner Unternehmen untersuchen und ggf. Maßnahmen und Forderungen für die Politik ableiten



Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute, die Wahrung von Anstand und Sitte sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung dient Berliner Unternehmen als Vorbild

Unternehmerisches Engagement im Nachhaltigkeitsbereich ist ein Wachstumstreiber und bietet Handlungsspielräume, um auf gesellschaftliche und politische Anforderungen zu reagieren. Das Engagement kann dabei im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie als Managementmethode erfolgen oder im Selbstverständnis „Ehrbarer Kaufleute“ von der Unternehmerpersönlichkeit getragen werden. Unternehmerisches Engagement bietet in beiden Fällen vielfältige Möglichkeiten, um sich am Markt abzugrenzen, Wettbewerbsvorteile zu verschaffen oder das Image des eigenen Unternehmens sowie der Wirtschaft insgesamt überzeugend zu verbessern.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an Wirtschaft verschieben sich aktuell massiv. Neben der Verankerung des Themas Nachhaltigkeit als strategisches Leitthema trägt die IHK mit dem „Netzwerk Unternehmensverantwortung“ der hohen Bedeutung und Vielfalt des Themas Rechnung.

Maßnahmen

- Das Leitbild der Ehrbaren Kaufleute intern und extern umsetzen und dessen Akzeptanz in der Berliner Unternehmerschaft erhöhen. Nachhaltiges Wirtschaften in Berliner Unternehmen durch die Vernetzung der Akteure und das Aufzeigen von Best-Practices fördern und stärken
- Das gesellschaftliche Ansehen der Berliner Wirtschaft verbessern, insbesondere durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung von Testimonials zu sozialem und ökologischem Unternehmensengagement, durch die Ausweitung des Netzwerks Unternehmensverantwortung und durch die Verleihung des Berliner Unternehmenspreises
- Gewerbeuntersagungsverfahren rechtssicher durchführen
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen
- Weiterentwicklung des Sachverständigenwesens
- Qualifizierte Benennungen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können

Standortfaktor Verwaltung

Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht an ineffizienten Strukturen in der Verwaltung scheitern. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen – durch eine optimale Angebotsstruktur sowie transparente und digitale Verfahren – der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offensteht. Die Berliner Verwaltung muss ein echter Servicedienstleister für die Stadt werden.



Dafür bedarf es einheitlichen Verwaltungshandelns und einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen sowie verbindlicher Zielvereinbarungen zwischen Senat- und Bezirken, die mit wirkungsvollen Anreiz- und Sanktionsmechanismen ausgestattet sind.

Zudem muss ein zukunftsorientiertes Personalmanagement eingeführt werden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern, die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Dieses Fachpersonal gewinnt man jedoch nur, wenn die Berliner Verwaltung durch flexiblere Zugangsvoraussetzungen, unkompliziertere Laufbahnwechsel, modernere Arbeitsräume und Technik die Arbeitgeberattraktivität deutlich ausbaut.

Zudem braucht es eine moderne Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner digitaler Verfahren und Anwendungen unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Unternehmen einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abzuwickeln, enorme Entlastungsmöglichkeiten.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Unternehmen effiziente Strukturen in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt sie auf Basis einer Vielzahl von Unternehmensbeispielen Schwachstellen im Verwaltungsaufbau und erarbeitet entsprechende Lösungsvorschläge. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung des Berliner E-Government-Gesetzes muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Einführung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z. B. Serviceportal, E-Akte und Open Data.

Maßnahmen

- Wir werden den „Zukunftspakt Verwaltung“ weiter zur Umsetzung treiben, die Debatte um eine mögliche Berliner Verfassungsänderung sowie die Modernisierung des AZG kritisch begleiten, eigene IHK-Vorschläge in die Debatte um die Verfassungsreform einbringen, Vorschläge für strukturelle Verbesserungen in der praktizierten Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen erarbeiten und die Politik beim „Experimentieren“ unterstützen, um zur Verbesserung von Verwaltungsservices z.B. Prototypen zu entwickeln oder Public Private Partnerships zu initiieren.
- Handlungsempfehlungen zur technischen Modernisierung der Berliner Verwaltung formulieren und adressieren sowie die Aufnahme in entsprechende Programmatik (z. B. Berliner E-Government-Strategie, Modernisierungsprogramme) vorantreiben und enge Beteiligung der Unternehmen, z.B. über die Bildung einer Fokus-Gruppe Wirtschaft, sicherstellen
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen, wie z. B. strategische Personalplanung und -steuerung, Servicequalität, Know-how-Transfer oder Gesundheitsmanagement begleiten





- Die Berliner Wirtschaft unterstützt mit Fokusgruppen aus der Unternehmenschaft z.B. bei der Digitalisierung wichtiger Fachverfahren (z.B. Fokusgruppe Unternehmensportal) oder bei der Umsetzung einer „innovativen Vergabe“ für die Berliner Verwaltung.

Innovation, Technologie und Wissenschaft

Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren.

Die Digitalisierung ist der Megatrend, der seinen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft immer stärker zur Geltung bringt. Darüber hinaus sind digitale Technologien und Konzepte als wesentlicher Treiber für eine smarte Stadtentwicklung und digitale Verwaltung zu berücksichtigen und nutzerzentriert einzusetzen. Innovationen entstehen im 21. Jahrhundert nicht mehr im Verborgenen, sondern erfordern ein Netzwerk an Kooperationspartnern, die ihr Wissen für ein gemeinsames Ziel effizient bündeln.

Die IHK Berlin wird die strategische Weiterentwicklung Berlins zur Digitalhauptstadt bedarfsgerecht und im engen Schulterschluss von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begleiten. Um diesen Weg erfolgreich zu gestalten, setzt sie die begonnene Digitaloffensive fort. Dringende politisch verbesserte Rahmenbedingungen und Umsetzung sind beim zügigen Auf- und Ausbau leistungsfähiger digitaler und datengetriebener Infrastrukturen, einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschaffungspraxis und der Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers notwendig. Zudem ist die Realisierung von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern, erforderlich. Um die Zukunft in der Hauptstadt zu gestalten, wird die IHK Berlin von der Landespolitik Mut, Innovationsgeist und Verantwortungsbewusstsein konsequent einfordern.

Die IHK Berlin engagiert sich dafür, dass das Land Berlin und seine Beteiligungsgesellschaften die Anwendung von Smart Solutions in Stadtentwicklungsprozessen verfolgen.

Maßnahmen

- Innovationsrelevante Themen und deren Rahmenbedingungen in Berlin begleiten sowie unter Einbeziehung von Politik und Wirtschaft weiterentwickeln; im Jahr 2022 insbesondere mit Fokus auf einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschaffungs- und Vergabep Praxis zugunsten von mehr innovativen Anwendungen in der Berliner Verwaltung und Öffentlichkeit, z.B. durch die stärkere Verankerung des Prinzips Total Cost of Ownership in der öffentlichen Vergabe 
- Den Wissenschaftsstandort durch Handlungsempfehlungen stärken; Zentraler Ansatzpunkt im Jahr 2022 ist die Neuverhandlung der Hochschulverträge. Diese müssen zu einem starken Steuerungs- und Anreizinstrument für den Wissens- und Technologietransfer weiterentwickelt werden und für eine deutlich engere Verknüpfung zwischen Hochschulen und Mittelstand sorgen 



- Digitalen Wirtschaftsschutz in Zusammenarbeit mit den Berliner Sicherheitsbehörden ausbauen, um damit den steigenden Sicherheitsbedarfen der Berliner Wirtschaft Rechnung zu tragen. Im Jahr 2022 insb. durch den Ausbau der Sicherheitspartnerschaft und weiterer Netzwerkarbeit
- Zur IT-Sicherheit und nachhaltigen Digitalisierungserfolgen der Unternehmen beitragen; im Jahr 2022 insbesondere durch eigene IHK-Serviceformate und die Etablierung von Kooperationspartnerschaften mit Berliner Akteuren
- Die Digitalisierung der Berliner Wirtschaft fördern und die fortlaufende Umsetzung der mit dem Ehrenamt konzipierten #Digitaloffensive der IHK Berlin (www.ihk-berlin.de/digitaloffensive) vorantreiben, im Jahr 2022 insbesondere durch die Begleitung der Berliner Digital- und Smart-City-Strategie, die Neuauflage eines Berliner Digitalförderprogramms und den Aufbau von Kontakten zu den neuen Vertretern des Berliner Abgeordnetenhauses 
- Die IHK Berlin unterstützt den Ausbau der digitalen Infrastruktur und wird die Zusammenarbeit mit dem Breitband-Kompetenz-Team fortsetzen, die Gigabitstrategieumsetzung begleiten mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Glasfaseranschlussquoten (FTTH/B) sowie der zukunftsrelevanten Weiterentwicklung des Infrastrukturmixes im Sinne der vernetzten Stadt (u.a. städtisches WLAN und Schmalbandinfrastrukturen) 

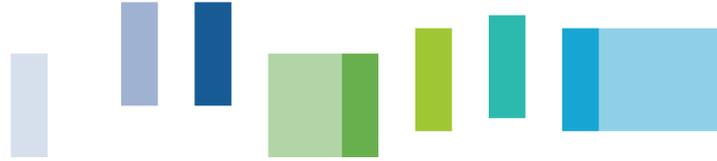
Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste (Aus-)bildungsregion

Die Unternehmen der wachsenden Stadt Berlin haben einen stetig steigenden Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften. Dieser wird sich bis 2030 noch deutlich verschärfen. Als eines der wichtigsten Mittel zur frühzeitigen Fachkräftesicherung werden daher auch die Duale Ausbildung sowie ein duales Studium einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Eine zunehmende Anzahl junger Menschen passt nicht auf die ausgeschriebenen Stellen, entscheidet sich bewusst für den Erwerb eines höheren schulischen Abschlusses, für einen Bildungsgang des Berliner Übergangssystems oder den Weg ins Studium.

Gegenüber Politik und Verwaltung setzt sich die IHK Berlin daher für eine gute und zukunftsfähige Bildungspolitik sowie die Schaffung der richtigen Weichenstellung in der Schule und am Übergang in den Beruf ein.

Die IHK Berlin engagiert sich außerdem dafür, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Im Rahmen einer mehrjährigen Ausbildungsoffensive wirbt sie bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft



Ihnen, z. B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Dabei stehen die Stärkung und die Wertschätzung des Prüferehrenamtes im Fokus. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark.

Maßnahmen

- Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Politik und Ausbildungsakteure die Kampagne www.ausbildung.berlin gemeinsam fortführen und durch eine ganzheitliche, umfassendere Ausbildungsinitiative ergänzen und erweitern 
- Die IHK wird sich gegen eine Ausbildungsumlage einsetzen
- Die Berliner Wirtschaft wird eine Ausbildungsinitiative anstoßen, um mehr Betriebe beim Einstieg in eine duale Ausbildung oder ein duales Studium zu begleiten und über neue Tools und Unterstützungsmaßnahmen den Zugang zu künftigen Fachkräften zu erleichtern. Wir treten für die Senkung von Einstiegshürden für neue Ausbildungsbetriebe ein. Das Ehrenamt wird in die Ausbildungsinitiative einbezogen, um beim Thema Nachwuchsqualifizierung eine Vorbildfunktion einzunehmen.
- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen
- Eine gute (Berufs-)Bildungspolitik einfordern und die Interessen der Ausbildungsbetriebe in die Gremien des Landes Berlin (Landesausschuss für Berufliche Bildung, Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation“ etc.) einbringen, im Jahr 2022 Kontakte zu den neuen Vertretern des Berliner Abgeordnetenhauses aufbauen, eine pauschale Ausbildungsumlage verhindern und für eine konzertierte Ausbildungsinitiative mit der Wirtschaft werben, sowie die Novellierung des Landeskonzepts für Berufs- und Studienorientierung und die Erarbeitung der „Berliner Vereinbarung 2020-25“ begleiten und aktiv mitgestalten
- Übergangssystem reformieren: Weiterhin mit Nachdruck betriebsintegrierte Brücken in Duale Ausbildung stärken sowie neuen vollzeitschulischen Bildungsgängen vor dem Hintergrund der geplanten Ausbildungsgarantie in Berlin entgegenwirken und unter Einbezug der Wirtschaft neu ausrichten und die Arbeit der Jugendberufsagentur fortlaufend begleiten und auf die Umsetzung der bildungspolitischen Zielsetzung – effektive Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf zu sein – im Austausch mit den beteiligten Partnern hinwirken
 - Mehr Bildungsqualität in Kita und Schule einfordern und die Bedarfe der Berliner Wirtschaft in den Diskurs einspielen und sichtbar machen, zum Beispiel durch eine systematische Sprachförderung

- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen, dafür einsetzen, dass in den allgemeinbildenden Schulen die notwendigen Ressourcen für gute MINT-Bildung auch zukünftig zur Verfügung stehen
- Projekte und Aktionen zur Stärkung der Berufsorientierung, wie den Talente Check und Show Room Duale Ausbildung durchführen, evaluieren, allen Jugendlichen in Berlin zugänglich machen und mit der anschließenden Praktikumsvermittlung durch die Arbeitsagenturen verzahnen.
- Matching zwischen Unternehmen und potenziellen Auszubildenden fördern und unterstützen
- Qualität der Ausbildung sichern und heben
- Auszubildende zum Thema Ausbildung beraten und betreuen
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen
- Ausbildungsverträge prüfen und registrieren
- Ausbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen, u. a. durch den Ausbau der digitalen Prüfungsinfrastruktur und -abwicklung
- Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Mitarbeiter für das Prüferehrenamt gewinnen und qualifizieren

Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität und stellt, auch im Kontext der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt, eine der größten Herausforderungen für Unternehmen dar: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte sind zunehmend schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eigenen Unternehmen als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können. Um für diesen Bedarf Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, müssen sich Unternehmen als gute und mitarbeiterorientierte Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, insbesondere den IHK-Fachkräftemonitor, den regelmäßigen Newsletter „Erfolgsfaktor Fachkräfte“ sowie eigene IHK-Serviceangebote für KMU entwickeln. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Dazu steht für Mitgliedsunternehmen eine Person im Service bereit, die für alle Anfragen zur Fachkräftesicherung der erste Ansprechpartner und die Schnittstelle im Haus zu allen beteiligten Fachkolleginnen und -kollegen ist. Gegenüber der Politik tritt die IHK Berlin für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die



Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern. Um Fachkräften und Jungunternehmern einen niedrighschwelligigen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, bieten wir jährlich rund 300 Sach- und Fachkundeprüfungen, Unterrichtungen sowie Erlaubnis- und Registrierungsverfahren mit mehr als 200 ehrenamtlichen Prüfern praxisnah, bürokratiearm und rechtssicher an.

Maßnahmen

- **IHK-Services anbieten, um KMU bei der Sicherung ihrer Fachkräfte zu unterstützen**
- **Das Angebot an möglichen Teilqualifikationen weiter ausbauen und etablieren**
- Alle Sach- und Fachkundeprüfungen kundenfreundlich und rechtssicher gestalten
- Alle Unterrichtungen kundenfreundlich und rechtssicher gestalten
- Alle Erlaubniserteilungen rechtssicher durchführen
- Alle Registrierungsverfahren rechtssicher durchführen
- Alle Anerkennungsverfahren rechtssicher durchführen
- Ausstellen von (Ersatz-)Bescheinigungen, Umschreibungen, Stellungnahmen etc. rechtssicher durchführen
- **Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte beispielsweise durch Angebote des Business Welcome Service sowie der Anerkennungsberatung unterstützen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten**
- **Die IHK Berlin wird zusammen mit Expertenteams aus der Unternehmerschaft Vorschläge für eine Fachkräftestrategie Berlin-Brandenburg erarbeiten und dazu das Wissen aus Forschung und Praxis einbringen, um einen fundierten Beitrag zur Umsetzung zu leisten.**



Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich

Seit einigen Jahren schon profiliert sich der Berliner Arbeitsmarkt als Jobgenerator und sticht dabei insbesondere durch einen beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hervor. Unbefriedigend bleiben jedoch die im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Quoten bei der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderungen gilt es durch gezielte Maßnahmen ebenso anzugehen wie die Integration von Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchender in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage formuliert sie Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende Programme und Standpunkte des



Senats, der Bundesagentur für Arbeit, der Berliner Jobcenter und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.

Maßnahmen

- **Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme sorgen, auch im Jahr 2022 insbesondere die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes sowie des Qualifizierungschancengesetzes in Berlin begleiten**



Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze gilt es auch, gute Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung zu setzen und gleichzeitig ein aktives Weiterbildungsbewusstsein sowie eine echte Weiterbildungskultur zu etablieren. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Gegenüber der Politik fordert sie adäquate Rahmenbedingungen, aber auch flexible Förderungen, u. a. im neuen Berliner Erwachsenenbildungsrat ab März 2022. Sie berät Unternehmen kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der höheren Berufsbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamtes stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote an, die konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind.

Maßnahmen

- **Strategie für eine Neuausrichtung der IHK-Weiterbildung („Lebenslanges Lernen“) entwickeln**
- **Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten**
- **Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf IHK-Abschlüsse, Lehrgänge mit IHK-Zertifikat und Weiterbildungsseminare durchführen**
- **Firmentrainings durchführen**
- **Online Weiterbildungsformate wie Live Online Trainings und Blended Learning entsprechend der E-Learning Strategie weiter ausbauen**



- Qualität der Dozentenleistung für Weiterbildungsangebote sicherstellen
- Weiterbildung als Aufstiegsmöglichkeit fördern (Förderung bester Ausbildungsabsolventen unterstützen)
- Weiterbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen
- Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Mitarbeiter für das Prüferehrenamt gewinnen und qualifizieren

Infrastruktur und Stadtentwicklung

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK Berlin setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK Berlin fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK Berlin tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Umsetzung des StEP Wirtschaft sowie bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten. Im Jahr 2022 u. a. mit der Publikation und umfassenden Diskussion des mit Beteiligung des Ehrenamts erarbeiteten Lösungskatalogs zum Gewerbeflächen und Gewerbemieten
- Mit betroffenen Unternehmen sowie dem Ehrenamt Positionierung bei Planungen auf Landes- und Bezirksebene (Flächennutzungsplanung, Stadtentwicklungskonzepte, bezirkliche Gewerbeflächen- sowie Zentrenkonzepten und Bebauungsplanverfahren abstimmen)





- Beim Einsatz von städtebaulichen Förderinstrumenten (z.B. Wirtschaftsdienliche Maßnahmen (WDM) sowie Business Improvement Districts positionieren und mitwirken

Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsinfrastruktur

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Nachfrage nach Wohnraum und Verkehr. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z. B. Wohnungen) und im Tiefbau (z. B. Straßen und Brücken, Schienenverbindungen).

Die IHK Berlin wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte im Personennah- und Fahrradverkehr, im Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz sowie beim Ausbau des Flughafenstandortes vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung des Tourismusstandortes, bestehender und neuer Wohnquartiere sowie stadtpprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK Berlin in grenzüberschreitenden Standortkooperationen engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche für Berlin, denn er vereint im Querschnitt eine Vielzahl von Unternehmen. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Lockdown-Maßnahmen und Einschränkungen haben der Branche schwer zugesetzt. Daher setzt sich die IHK Berlin dafür ein, neue und passgenaue Lösungen für die Stadt zu entwickeln, die unerwarteten Einflussfaktoren entgegenwirken, Wachstum weiter voranzutreiben und Existenzen nachhaltig zu sichern.

Maßnahmen

- Durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher, Wasserstraßen) vertreten
- Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der planerischen und baulichen Umsetzung der definierten Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten
- Von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen beraten und durch Interessenvertretung im Fonds für Räumungsbetroffene finanziell unterstützen
- Durch Aufbau eines „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern





- Das Positionspapier für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur nutzen, um aufzuzeigen, welche Verkehrsprojekte für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen
- Das neue Kapitel zum Wirtschaftsverkehr für das Mobilitätsgesetz gemeinsam mit SenUVK und Unternehmen aller Branchen erarbeiten
- Den weiteren Ausbau des BER und insbesondere die Aktivierung weiterer Langstreckenverbindungen für den Standort vorantreiben

Ziel: Berlin hat profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- sowie Industriestandorte mit ausreichendem Handlungsspielraum

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigsten Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen. Der Blick richtet sich gezielt auf die Anforderungen einzelner Branchen und deren Bedarfe. Der Wohnungsbau muss beschleunigt und mit der Wirtschaft umgesetzt werden, um den Bedarfe der wachsenden Stadt gerecht zu werden.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.

Maßnahmen

- Die IHK-Vorschläge für eine bessere, ausreichende und beschleunigte Wohn- und Gewerberaumversorgung (z.B. Fünf Bausteine für die Bau- und Flächenpolitik in Berlin) im Dialog mit der Politik, Verwaltung, dem öffentlichen sowie privatem Bausektor umsetzen (z.B. in einem Runden Tisch Wohnungsbau)
- Die IHK wird sich klar gegen Enteignungen als Instrument der Wohnungsbaupolitik aussprechen
- Übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren und deren Umsetzung begleiten (z. B. durch den PPP-Wettbewerb Mittendrn Berlin)
- Zur Bewältigung der zukünftigen Anforderungen und Aufgaben der Stadtzentren das „Aktionsprogramm Innenstadt“ fortschreiben und auf die Umsetzung der darin beschriebenen Maßnahmen hinwirken, im Jahr 2022 insbesondere im Hinblick auf die spezifischen Anforderungen der Post-Corona Stadt (Nutzungsmischungen, Digitalisierung)



- **Einen Beirat Zentren mit allen relevanten Stakeholdern initiieren, um gemeinsam den Transformationsprozess gestalten zu können**
- **Tourismuskonzept neu entwickeln und mit Stadtentwicklungsplan Zentren 2030 zusammenbringen**

Umwelt und Ressourcen

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2045 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dieser Transformationsprozess, der sich in den Kontext der Energiewende in Deutschland einordnet, erfordert große Anstrengungen und vor allem Mut von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Mut zu mehr unternehmerischer Freiheit, Mut zur Innovation, und Mut und Wille zur Umsetzung! Chancen durch Klimaschutz nutzen, nachhaltige Energiewende machen – das sollte ab sofort das Leitmotiv für die Energie- und Klimapolitik der Hauptstadt sein. Die IHK setzt sich dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die Berliner Wirtschaft nicht überlasten. Stattdessen gilt es, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, verlässlicher und unbürokratischer Regularien sowie langfristig planbarer Investitionshorizonte die Potenziale der Wirtschaft so einzusetzen, dass die Energiewende und die Zielsetzung eines klimaneutralen Berlins zum Erfolg werden.

Die IHK Berlin wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energie- und Klimapolitik im Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass die Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strom- und Energiepreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind.

Zudem muss die konkrete Ausgestaltung des europäischen Fit-for-55-Pakets, seine Auswirkungen auf die Energie- und Klimapolitik der neuen Bundes- sowie Landesregierung in Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen kosteneffizient, technologieoffen und unter Beibehaltung von Wettbewerb ausdifferenziert werden. Die Umsetzung der Energiewende in Berlin muss effizient gesteuert und effektiv koordiniert sowie über Bundesvorgaben hinausgehende gesetzliche Pflichten vermieden werden.

Um diesen Prozess zu begleiten, wird die IHK Berlin ihre Mitgliedsunternehmen dabei unterstützen, eigene Energieoptimierungspotenziale zu identifizieren, rechtzeitig auf regulatorische Veränderungen reagieren zu können und intelligente Energietechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv für überbetriebliche Energieeffizienz-Netzwerke in Berlin einsetzen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energie-Know-how machen und Best-Practices in der Stadt aktiv kommunizieren.

Maßnahmen



- Dafür einstehen, dass Energie- und Klimapolitik als übergeordnete Prioritätsprojekte gesteuert und koordiniert werden sowie Strukturen für eine effektive und effiziente Klimaschutz-Umsetzung sorgen
- Energiespezifisches Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern
- Effektive Weiterentwicklung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie und der Maßnahmenplanung im Sinne der Wirtschaft begleiten, mit Fokus auf Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem

Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für nachhaltiges Wirtschaften und eine wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfüllung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.

Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.

Die IHK Berlin wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik in EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass die Preisgestaltung in den Bereichen Wasserwirtschaft (Ver- und Entsorgung) sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt. Der Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft müssen zudem grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben. Umweltrechtliche Vorgaben müssen unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden und umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen dürfen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK Berlin durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z. B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.



Maßnahmen

- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, im Jahr 2022 Unternehmen zur Umsetzung eigener Maßnahmen auf Basis aktueller Abfallpolitik und Strategien sensibilisieren und Projekte unterstützen (bspw. Umsetzung des Berliner Abfallwirtschafts- und Kreislaufkonzepts oder Initiative der dualen Systeme „Mülltrennung wirkt“)
- Rechtliche Umweltauflagen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und einen Unternehmensaustausch fördern. Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen und Angebote der Berliner Umweltwirtschaft informieren
- Unternehmensspezifische Immissionsschutzregulierungen und sektorale CO₂-Minderungsmaßnahmen politisch begleiten und saubere Mobilität für eine bessere Luftqualität und weniger CO₂-Verkehrsemissionen fördern, im Jahr 2022 durch Initiierung von Projekten zur Steigerung der gewerblichen Elektromobilität, Positionierungen & Politikberatung zum klimafreundlichen Wirtschaftsverkehr sowie zu Gesetzen/Strategien (bspw. Novellierung der EU-Luftqualitätsrichtlinie, Berliner Luftreinhaltestrategie 2030)
- Ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren, im Jahr 2022 Nutzung von Synergieeffekten zur Sensibilisierung von Unternehmen zu Klimaanpassungsmaßnahmen (bspw. Regenwassermanagement ausweiten)
- Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik umsetzen, ohne wirtschaftliche Tätigkeiten in der wachsenden Stadt einzuschränken, im Jahr 2022 durch Unterstützung avisierter Kampagnen des Landes Berlin bzw. des DIHK für unternehmensspezifische Aufklärungsarbeit sowie durch Initiierung proaktiver IHK-Projekte (bspw. Roadshow durch IHK-Ausschüsse)
- Freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandards
- Mit dem Ausbau des Serviceangebotes zu nachhaltigen Themen werden Berliner Unternehmen befähigt, nachhaltig zu wirtschaften, sich zu vernetzen und neue Trends kennen zu lernen (Bündelung unter www.ihk-berlin.de/nachhaltige-wirtschaft)

Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft jährlich steigern

Der Berliner Außenhandel ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Der Außenhandel ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft. Hier leistet mittlerweile fast jeder dritte Arbeitsplatz einen Beitrag zur Außenwirtschaft. Berliner Unternehmen verkaufen jährlich Waren im Wert von über 14 Milliarden Euro ins Ausland. Insbesondere Unternehmen der Berliner Zukunftsbranchen sind im Auslandsgeschäft gut aufgestellt. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft durch zielgerichtete Maßnahmen jährlich gesteigert



wird. In den weltwirtschaftlich unsicheren Corona-Zeiten benötigen Berlins international tätige KMU und Start-ups jetzt konkrete Unterstützung, um ihr Auslandsgeschäft neu auszurichten. Mit Blick auf die Corona-bedingt beschleunigte Umbruchphase in der Weltwirtschaft muss die Berliner Politik auch Strategien und Maßnahmen für die mittlere Frist entwickeln, um die internationalen Erfolge der Unternehmen abzusichern und sie bei der Erschließung neuer Geschäftspotentiale zu flankieren.

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird. Berliner Unternehmen erhalten zudem ein Angebot an politisch begleiteten Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- Mit den Wirtschaftsförderern der Stadt, insbesondere der Senatswirtschaftsverwaltung, Senatskanzlei, Berlin Partner, und der IBB die operativen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins festlegen und umsetzen, z. B.
 - das Berliner Internationalisierungskonzept neujustieren
 - das Berliner Programm für Internationalisierung erweitern
 - die Berliner Auslandsbüros optimieren
- Länderpolitische Beratung für Politik und Key Account-Unternehmen, dabei auf die strategischen Zielmärkte und auf Berliner Branchen/Cluster fokussieren; z. B. Veranstaltungen, Delegationsreisen und Länder-/Regionalstrategien zu den Berliner TOP-Partnerländern China, Polen, Russland UK USA, VAE initiieren und durchführen
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

Haushalt und Wettbewerb

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt

Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist auch in wirtschaftlich herausfordernden Pandemiezeiten und danach die Basis für einen erfolgreichen und attraktiven Wirtschaftsstandort Berlin. Er ermöglicht



notwendige Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung, versetzt das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schafft wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Landeshaushaltes sollte aus Sicht der Berliner Wirtschaft das finanzpolitische Minimalziel in der Haushaltspolitik sein. Sie setzt sich darüber hinaus für eine Steigerung des positiven Finanzierungssaldos im Berliner Haushalt ein, da dadurch die finanzpolitischen Spielräume größer werden.

Gerade in Zeiten pandemiebedingter Haushaltsengpässe ist es wichtig, mit zukunftsgerichteten Haushaltsentscheidungen die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu schaffen. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Haushaltsengpässe nicht durch eine Anhebung von Steuern oder Abgaben für Unternehmen gegenfinanziert werden, sondern nachhaltiges Wirtschaftswachstum durch konkrete Investitionsanreize für Unternehmen gefördert wird.

Die IHK Berlin tritt gegenüber der Berliner Politik für das Festhalten am Jahrzehnt der Investitionen ein. Dazu muss sich Berlins Investitionsquote rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt annähern. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten. Sie zeigt Konsequenzen einer verfehlten, beispielsweise auf kurzfristigen Konsum ausgelegten, Investitionspolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.

Der hohe Schuldenstand Berlins belastet gegenwärtig und zukünftig den Landeshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich für die Einhaltung der Schuldenbremse stark.

Maßnahmen

- Nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern und die Verausgabung der bereit gestellten Investitionsmittel begleiten, um u.a. eine wirtschaftsfreundliche Vergabepolitik sicherzustellen, die das Vergaberecht nicht mit auftragsfernen Kriterien überfrachtet, sondern Innovationen fördert
- Die Haushaltspolitik des Landes kritisch verfolgen, im Jahr 2022 insbesondere durch die fachliche, politische und mediale Begleitung der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2022/23

Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlasten die Unternehmen

Für die Sicherung von Staatseinnahmen und einer zukunftsorientierten Ausgabepolitik der öffentlichen Hand, ist eine clevere Steuer- und Abgabepolitik entscheidend. Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabepolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.



In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Steuerpolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, im Jahr 2022 u.a. auf Landesebene durch die kritische Begleitung der Hauptfeststellung im Rahmen der Grundsteuer-Reform

Ziel: Die unternehmerische Freiheit wächst wieder

Die IHK Berlin steht für freien und fairen Wettbewerb. Der freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen entgegentreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfragen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat sollte grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen dem staatlichen und privaten Sektor ein.

Maßnahmen

- Rechtspolitische Rahmensetzung durch die EU, den Bund und das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen

